

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtbezirksrat Ricklingen
In den Stadtentwicklungs- und
Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 2126/2003

Anzahl der Anlagen 10

Zu TOP

Planfeststellungsverfahren für den Bau der Bundesstraße 3, Ortsumgehung Hemmingen - Stellungnahme der Stadt zu den Planänderungen

Antrag,

der als Anlage 1 beigelegten Stellungnahme zur Planänderung im Rahmen des o. g. Planfeststellungsverfahrens zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Maßnahme trägt grundsätzlich der Bund.

Beim Kreuzungsbauwerk B3 neu mit der Göttinger Chaussee wird wegen der Stadtbahn bedingten größeren lichten Weite eine finanzielle Beteiligung des Stadtbahnmaßnahmenträgers erforderlich. Die dadurch entstehenden Mehrkosten muss die Region Hannover als Aufgabenträger für den ÖPNV übernehmen.

Begründung:

1. Ausgangslage

Im Sommer 1999 hat die Bezirksregierung auf Antrag der Straßenbauverwaltung das Planfeststellungsverfahren für den Bau der Bundesstraße 3, Ortsumgehung Hemmingen, eingeleitet. Im Rahmen des Verfahrens hatte die Verwaltung eine Stellungnahme erarbeitet (Beschlussdrucksache Nr. 2876/99). Abschließend hat der Verwaltungsausschuss der Stellungnahme am 09.12.1999 in Verbindung mit dem Änderungsantrag Drucksache Nr. 3252/99 einstimmig zugestimmt.

Am 11.10.2000 fand der Erörterungstermin statt.

Zeitlich versetzt wurde das Planfeststellungsverfahren für die Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen Abschnitt 1 eingeleitet. Die Planung für die Stadtbahnverlängerung war bereits in den Planunterlagen für die Ortsumgehung Hemmingen im Bereich der Landweherschänke berücksichtigt. Es wurde davon ausgegangen, dass mit dem Bau der Stadtbahn zeitnah nach Fertigstellung der Ortsumgehung Hemmingen begonnen wird. Die Stellungnahme der Stadt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde vom Verwaltungsausschuss am 11.04.2002 beschlossen (DS-Nr. 0624/2002).

Der Erörterungstermin fand am 17.06.2002 statt. Wie bereits im Erörterungstermin zur Straßenbaumaßnahme wurde deutlich, dass die Neuplanung der Göttinger Chaussee im Bereich Verbindungsspanne bis Stadtgrenze stark durch die Stadtbahnplanung beeinflusst wird. Die von Grundstückseingriffen betroffenen Eigentümer stellten immer wieder die Realisierung der Stadtbahn in Frage.

Im Sommer 2003 kündigte die Bezirksregierung Hannover an, aus verfahrensrechtlichen Gründen über die Planung der Verlängerung der Stadtbahnstrecke A-Süd, die bislang im Überschneidungsbereich beider Planungen auch Gegenstand des Verfahrens für die Umgehungsstraße war, nicht mehr im straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren, sondern allein im Planfeststellungsverfahren über die Stadtbahn zu entscheiden.

2. Geänderte Planfeststellungsunterlagen

Die im Rahmen der Anhörung zum o. g. Planfeststellungsverfahren vorgetragenen Anregungen und Bedenken haben die Bezirksregierung als Planfeststellungsbehörde und die Straßenbauverwaltung zu mehreren Änderungen veranlasst. Unter anderem war es erforderlich geworden, die Verkehrsuntersuchung und damit auch die Lärmuntersuchung den aktuellen Erfordernissen anzupassen. Auf das Stadtgebiet von Hannover bezogen, haben sich im Bereich des Knotens Landweherschänke / Göttinger Chaussee erhebliche planerische Veränderungen ergeben.

Die Änderungen beruhen in erster Linie darauf, dass die Planung für die Stadtbahnstrecke A-Süd, Verlängerung Hemmingen, in den Planunterlagen nicht mehr enthalten ist (siehe Anlagen 3 bis 6 bzw. 7 bis 10). Ferner wurde die Verbindungsspanne zwischen der B3 und der Göttinger Chaussee um ca. 5 m nach Süden verschoben, um Eingriffe in private Grundstücke zu reduzieren. Die Verlegung der Ihme im Bereich der Querung mit der Göttinger Chaussee entfällt (Anlagen 4 bzw. 8). Der Landschaftspflegerische Begleitplan wurde angepasst, da ein Teil der Maßnahmen entfällt.

Die geänderten Planunterlagen wurden in der Zeit vom 25.08.2003 bis 24.09.2003 erneut öffentlich ausgelegt. Die Stadt Hannover als Träger öffentlicher Belange, muss ihre Stellungnahme bis zum 19.11.2003 abgeben. Eine Verlängerung der Frist ist nach dem Fernstraßengesetz nicht möglich. Um den Zeitplan einhalten zu können, müssen die Behandlungen im Stadtbezirksrat Ricklingen am 16.10.2003, im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 05.11.2003 und im Verwaltungsausschuss spätestens am 13.11.2003 erfolgen, andernfalls wären Sondersitzungen erforderlich.

3. Stadtbahnplanung

Wie oben ausgeführt, ist die Stadtbahnplanung nicht mehr Gegenstand der Planfeststellung für die B3 neu. Bisher war vorgesehen, die Göttinger Chaussee im Bereich der Landwehrschänke mit zwei Fahrbahnen auszubauen und in der Mittellage eine Trasse für die Stadtbahn vorzusehen (Anlagen 7 bis 10). Die nunmehr vorgelegte Planung beinhaltet keinen Ausbau der Göttinger Chaussee mehr (Anlagen 3 bis 6). Nur für Rechtsabbieger von der Göttinger Chaussee zur Verbindungsspanne wird eine zusätzliche Spur von 70 m Länge angelegt (Anlage 3). Einzig die Überführung der neuen B3 über die Göttinger Chaussee soll eine lichte Weite erhalten, die den zusätzlichen Raum für die Stadtbahn beinhaltet (Anlage 4 bzw. 8). Die Straßenbauverwaltung braucht dieses Brückenbauwerk aber nur dann in der größeren Länge zu realisieren, wenn die Region Hannover als Aufgabenträger für den ÖPNV die Mehrkosten für das Brückenbauwerk übernimmt.

Ein weiteres Problem stellt das Brückenbauwerk über die Ihme dar. Auch dieses Brückenbauwerk muss bei der Realisierung der Stadtbahnverlängerung neu errichtet werden (Anlage 8). Der Bau der Brücke nach Fertigstellung der Umgehungsstraße B3 ist technisch sehr aufwändig. Wirtschaftlich wäre auch hier das Bauwerk vorab zu erstellen. Allerdings wären auch hier die Mehraufwendungen von der Region zu finanzieren.

Die nunmehr vorgelegte Änderung der Planfeststellung für den Bau der Bundesstraße 3, Ortsumgehung Hemmingen, steht im Widerspruch zu dem am 09.12.1999 beschlossenen Zusatzantrag zur Drucksache Nr. 2876/99:

“Bei den Zielvorgaben für die weitere Planung hatte der Verwaltungsausschuss in einem Zusatzantrag (DS-Nr. 908/98) beschlossen, dass mit dem Bau der Ortsumgehung Hemmingen erst dann begonnen werden darf, wenn Bau und Finanzierung der Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen ebenfalls gesichert sind. Maßgabe war dabei auch, dass ein erster Bauabschnitt dieser Stadtbahnverlängerung (bis zum Ricklinger Friedhof) vor dem Jahr 2001 erstellt werden soll. Diese Zielsetzungen sollen mit Nachdruck weiter verfolgt werden. Die Verwaltung wurde aufgefordert, Planung und Finanzierung sicherzustellen und dem zuständigen Fachausschuss regelmäßig zu berichten.”

Die Herausnahme der Stadtbahnverlängerung aus der Planung für die B3 neu resultiert aus der Annahme und Vermutung der Bezirksregierung Hannover, dass die Stadtbahn auf längere Sicht nicht oder auch gar nicht realisiert wird. Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil mehrere Betroffene im Bereich des Knotens Landwehrschänke allein durch den Bau der Stadtbahn Flächen abgeben müssen. Im Erörterungstermin haben sie den Nachweis der baldigen Realisierung der Stadtbahnstrecke eingefordert. Die Bezirksregierung ist zurzeit nicht in der Lage, diesen Nachweis zu erbringen. Die Region Hannover kann auf Grund der angespannten Haushaltslage parallel zu der kurz vor dem Bau befindlichen Verlängerungsstrecke nach Altwarmbüchen und der anschließenden Maßnahme nach Misburg-Mitte ohnehin keine weitere Verlängerungsstrecke parallel finanzieren. Die Bezirksregierung Hannover geht davon aus, dass im Falle einer Feststellung der Planung von Teilen der Stadtbahn bereits im Verfahren für die Umgehungsstraße dies einer gerichtlichen Prüfung durch das Oberverwaltungsgericht nicht standhält.

4. Bisherige Einwendungen der Stadt

Von den 1999 erhobenen Einwendungen beabsichtigt die Bezirksregierung nach heutigen Kenntnisstand folgende Punkte nicht zu berücksichtigen:

4.1 Vierspurigkeit

In der Stellungnahme hatte die Stadt für den Ausbau der B 3 neu eine Dreispurigkeit gefordert. Die überarbeitete Planung sieht weiterhin einen vierspurigen Ausbau vor. Begründet wurde dies bereits im Verfahren von 1999 mit der prognostizierten Verkehrsstärke von 28.094 Kfz je 24 Stunden gegenüber 25.000 Kfz je 24 Stunden nach den Untersuchungen für das Raumordnungsverfahren. Die Überarbeitung der Verkehrsprognose hat ergeben, dass gegenüber den ursprünglichen Antragsunterlagen nunmehr sogar von einer Verkehrsbelastung von 30.212 Kfz je 24 Stunden ausgegangen wird. Nach den Richtlinien des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen beträgt die Obergrenze 23.000 Kfz je 24 Stunden. Diese ist nunmehr deutlich überschritten und daher ein dreispuriger Querschnitt RQ 15,5 nicht mehr zulässig.

4.2 Knotenpunkt B 3 Neu / K 221

Die Forderung der Stadt auf den planfreien Ausbau des im Stadtgebiet von Hemmingen gelegenen Knotenpunktes B 3 Neu / K 221 zu verzichten, wurde ebenfalls nicht in die geänderte Planung aufgenommen. Begründet wird dies im wesentlichen mit der erwarteten hohen Verkehrsbelastung.

4.3 Lärmschutz

Die geforderte Verlängerung der Lärmschutzwand am westlichen Rand der B3 neu von km 1+506,147 bis zum Knotenpunkt Landwehrschänke wurde ebenfalls nicht berücksichtigt. Da nunmehr von einer höheren Verkehrsbelastung auf der B 3 ausgegangen wird, wird die Forderung erneut erhoben und zusätzlich noch auf den anschließenden Bereich ausgedehnt.

5. Stellungnahme der Stadt

Als Anlage 1 ist die Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungen der Planfeststellungsunterlagen beigefügt. Es dürfen nur Punkte aufgeführt werden, die sich auf Planänderungen beziehen.

Auf Grund der Beschlusslage vom 09.12.1999 ist vorrangig die Forderung nach Berücksichtigung der Stadtbahnplanung als vorausschauende Verkehrsplanung zu nennen. Sofern die Planfeststellungsbehörde dem nicht folgen sollte, sind als Rückfallposition weitere Einwände zur neuen Planung angeführt.

66.0 T
Hannover / 06.10.2003